



# Stellungnahme zum Zwischenbericht der Enquetekommission *von Fridays For Future Bremen*

## Kein Ziel in Sicht

Aufgabe der Enquetekommission sollte sein, eine Klimaschutzstrategie bis zum Jahre 2030 zu erstellen, die die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens sicherstellen kann. Aber auch wenn auf den 153 Seiten des Zwischenberichts vieles zumindest vielversprechend klingt, so fehlt eins: Die wissenschaftlich fundierte Zielsetzung!

Wo sollen all die genannten Maßnahmen überhaupt hinführen? Wie sollen sie in ihrer Klimabilanz quantifiziert und mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens abgeglichen werden, wenn die Kommission sich davor scheut, überhaupt erst ein Ziel festzulegen? Wie wollen die Politiker\*innen jemals einen Konsens über konsequente Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimagerechtigkeit finden, wenn sie es nicht einmal schaffen, sich darauf zu einigen, was all das am Ende überhaupt bringen soll? Und wie soll unsere Generation eine Politik ernstnehmen, die es nicht einmal schafft, aus den verschiedenen Modellen zum aktuellen Klimabudget der Bundesrepublik und des Landes Bremen eine Zielsetzung abzuleiten, die nicht nur die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels garantiert, sondern auch seine global und generationenübergreifend gerechte Umsetzung garantieren kann? Statt konsequenter Klimapolitik erleben wir wieder einmal leere Diskussionen und Versprechungen einer Politik, die noch immer nicht bereit ist, auf die Wissenschaft zu hören, und der noch immer der ganzheitliche Blick auf die Klimakrise fehlt.

Unter den Annahmen, dass Bremen im Jahr 10,8 Mt CO<sub>2</sub> emittiert und es eine Earth Respons von 100 Gt Emissionen bis 2100 gibt, dann stehen Bremen bei einer globalen Pro-Kopf-Verteilung noch circa 30 Mt CO<sub>2</sub> zur Verfügung. Das ist ein Budget, das wir spätestens in drei Jahren aufgebraucht haben. Bei einer linearen Reduktion bedeutet das, dass Bremen bis spätestens 2025 klimaneutral sein muss. Nur so kann unser Bundesland seinen Beitrag zur Klimagerechtigkeit leisten.

Nach den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages, der ja wohl das Mindeste ist, was diese Kommission erfüllen möchte, würde Bremen allein bis 2030 aber auch circa 85 Mt CO<sub>2</sub>

emittieren. Weil wir wissen, dass viele von Ihnen gerne entlang von CO<sub>2</sub>-Kompensation denken, haben wir das einmal in Bäume und in Geld umgerechnet. Um diese 85 Mt CO<sub>2</sub> zu kompensieren, müsste das Land Bremen bis 2030 6,8 Milliarden Buchen, die im Jahr circa 80kg CO<sub>2</sub> binden, pflanzen. Wir empfehlen hierfür die Aufforstung des Dannenröder Walds und des Hambacher Forsts. Da viele der Politiker\*innen in der Kommission sich immer wieder darauf berufen, welche Kosten durch die Klimaschutzmaßnahmen entstehen würden, geben wir hier auch die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten des „ambitionierten“ Klimaschutzziels aus dem Koalitionsvertrag an. Bei 195€ pro Tonne CO<sub>2</sub>, wie es das Umweltbundesamt empfiehlt, verursacht das Land Bremen durch seine verantwortungslose Klimapolitik allein bis 2030 Kosten von 16.575.000.000€. Dass Bremen über so viel Geld nicht verfügt, ist uns allen bewusst. Sehen Sie dies als Appell an. Die Zerstörung unseres Klimasystems und unserer Lebensgrundlage wird immer teurer sein als jede Klimaschutzmaßnahme. Deshalb muss das Ziel der Enquete-Kommission lauten: **„Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und des 1,5-Grad-Ziels unter Berücksichtigung globaler und generationenübergreifender Klimagerechtigkeit und damit die Einhaltung eines CO<sub>2</sub>-Budgets von 30 Mt CO<sub>2</sub>“.**

### Konsequente Klimapolitik oder *Business as Usual*?

Dass zu einer Einhaltung des oben genannten CO<sub>2</sub>-Budgets die Maßnahmen aus dem Zwischenbericht nicht ausreichen werden, ist eindeutig, lässt sich aber durch die fehlenden Zieljahre der einzelnen Maßnahmen auch nicht quantifizieren. Daher werden wir hier nicht zu jeder einzelnen Maßnahme Stellung beziehen, sondern uns mit den zentralen politischen Handlungsfeldern, der Energie-, beziehungsweise Wärmewende, der Industriegewende und der Verkehrswende kurz auseinandersetzen.

Bremen braucht ein Landeswärmegesetz. Es ist die einzige Möglichkeit für eine tatsächliche, konsequente Energiewende. Es ist die einzige politische Möglichkeit, wie das Gaskraftwerk in Hastedt vorzeitig wieder vom Netz genommen werden kann. Wenn der Kohleausstieg in Bremen nur ein Umstieg auf Erdgas ist, dann werden wir das Pariser Klimaabkommen niemals einhalten können. Das Landeswärmegesetz muss deshalb alle Unternehmen, die Wärme zur Verfügung stellen, zu einer Klimaneutralität im Rahmen des Bremer CO<sub>2</sub>-Budgets verpflichten.

Statt neue Gewerbegebiete zu genehmigen, brauchen wir eine kritische Auseinandersetzung mit den aktuellen Industriestandorten in Bremen und ihrer Flächennutzung. Wir brauchen eine Wirtschaft in Bremen, die sich genauso wie die Politik konsequent dem 1,5-Grad-Ziel verschreibt. Wir brauchen ein Recycling der aktuell zur Verfügung stehenden Flächen durch klimaneutrale, klimapositive und tatsächlich systemrelevante Industriezweige. Es darf keine weiteren Flächenversiegelungen geben.

Für die Verkehrswende brauchen wir Push- und Pull-Mechanismen in einem Gleichgewicht. Dabei sind es vor allem Push-Mechanismen, die eine starke Wirkung auf das Umdenken von Mobilität in der Stadt haben. Dass diese kein Konsens der Politik sind überrascht zwar nicht, zeigt aber auch, dass Klimaschutz eben nicht die zentrale Motivation ist. Wir brauchen die Bewirtschaftung und die Reduktion von Parkraum und wir brauchen eine konsequente Umverteilung der Straßen durch Maßnahmen wie die City-Maut. Dabei geht die Verkehrswende auch weg vom elektrisierten Individualverkehr, der eine solche Umverteilung

des öffentlichen Raums immer erschweren wird. Im Sinne der sozialen Teilhabe und der Barrierefreiheit braucht es stattdessen Stadtteilzentren frei vom motorisierten und elektrisierten Individualverkehr und eine Umgestaltung des öffentlichen Raums als Ort der Begegnung und Gemeinschaft. Im Sinne von sozialer Gerechtigkeit braucht es eine konsequente Förderung des Umweltverbundes, inklusive eines kostenlosen ÖPNVs.

Insgesamt zeigt der Zwischenbericht der Enquetekommission, dass konsequenter, ganzheitlicher und sozial gerechter Klimaschutz noch lange kein Konsens in der Bremer Politik ist. Bis zum Abschlussbericht bleibt noch Zeit, um das zu ändern. Aber bisher bleibt es bei einer aufwändigen Greenwashing-Kampagne, stundenlangem Diskussionen voller leerer Worte und einem Zeitspiel mit der Klimakrise und unserer Zukunft.